Spitalkosten-Neuregelung unter Dach

Lastenausgleich Gemeinden nicht mehr an Spitalfinanzierung beteiligt – Kanton erhält Ausgleich

VON MATHIAS KÜNG

Das gewichtigste Geschäft des gestrigen Tages war ein Gesetz, in dem es um 129 Millionen Franken ging, die der Kanton von den Gemeinden ausgeglichen haben wollte. Dies als Folge einer Lastenverschiebung bei der Spitalfinanzierung von den Gemeinden zum Kanton (vgl. Box). In einem ersten Anlauf hatte der Grosse Rat die Vorlage zurückgewiesen.

Der Kanton ging über die Bücher und konnte eine neue Vorlage präsentieren, die in der gestrigen Debatte deutlich bessere Noten erhielt. Um es vorwegzunehmen: Sie wurde schliesslich mit 89:40 Stimmen gutgeheissen.

Martin Steinacher: Rat stützt Prüfungsauftrag. HO

Maya Frey: Rat lehnt SVP-Änderungsanträge ab. HO

Urs Hofmann: Bringt das Gesetz im zweiten Anlauf durch. FREUDIGER

Bialek: Kosten gerecht verteilen

Alle Fraktionen traten auf die Vorlage ein. Manfred Dubach sagte für die SP, es brauche diese Übergangslösung bis zum neuen Finanzausgleich (der frühestens ab 2017 zum Tragen kommt). Die mit der neuen Vorlage einhergehenden Sonderbeiträge an finanzschwache Gemeinden von rund 8,5 Millionen Franken verletzten zwar die Einheit der Materie, man stimme gleichwohl zu.

Ähnlich tönte es bei den Grünen und in der CVP. Für Letztere gab Martin Steinacher der Regierung auf den Weg, die Kostensteigerung im Spitalbereich «mit allen möglichen Mitteln zu bremsen». Zustimmung kam auch von Roland Bialek von der EVP. Es gehe um eine gerechte Verteilung der Kosten zwischen Kanton und Gemeinden und unter den Gemeinden.

Deutlich zurückhaltender agierten die Freisinnigen. Andrea Moll-Reutercrona: «Wir treten ein, weil wir keine Alternative dazu sehen und weil es sich um eine Übergangsregelung handelt.» Marcel Bruggisser verwies für die BDP darauf, dass die finanzschwachen Gemeinden ihr Einverständnis gegeben haben. Roland Agustoni (GLP) hätte diese Zahlen gern schon vor der letzten Steuersenkungsdebatte gehabt.

> **«Gemeinden sind künftig nicht mehr an der Kostendynamik in der Spitalfinanzierung beteiligt»**
> **Matthias Jauslin,** Kommissionspräsident

Derweil kritisierte Maya Frey für die SVP, die Botschaft sei zwar fundierter, materiell gebe es aber keine Änderungen zur gescheiterten ersten Vorlage. Sie stellte für die SVP zwei Änderungsanträge. Zum einen kam die SVP auf eine deutlich tiefere auszugleichende Summe als die Regierung. Zum anderen wollte sie die Sonderbeiträge an finanzschwache Gemeinden aus der Vorlage herauslösen und separat behandeln. Beide Anträge wurden abgelehnt. Dasselbe Schicksal ereilte der Antrag von Regina Lehmann (SVP), die Sonderbeiträge an finanzschwache Gemeinden nicht bis 2016 zu befristen. Erfolg hatte dafür Martin Steinacher (CVP) mit einem Prüfungsantrag. Für die zweite Lesung prüft die Regierung jetzt, ob die Ausgleichsbeiträge der Gemeinden über separate Rechnung statt über eine Mehrbeteiligung an den Lehrerlöhnen geleistet werden können.

Darum geht es

Der Grosse Rat hat 2011 beschlossen, die **Gemeindebeiträge an die Spitalfinanzierung auf Ende 2013 aufzuheben**. Der Kanton macht geltend, dass für ihn daraus eine **Mehrbelastung von 129 Millionen Franken** resultiert. Nun herrscht Einigung, dass seine Mehrbelastung aus dieser Aufgabenverschiebung im Bereich der Spitalfinanzierung **durch die Gemeinden ausgeglichen** werden soll. Und zwar nicht erst mit dem auf 2017 erwarteten neuen Finanzausgleich, sondern mit einer Übergangsregelung schon ab 2014. Die Mehrbelastung im Spitalbereich wird in den kommenden Jahren weiter steigen. Dies geht dann aber zulasten des Kantons. (MKU)

Mit 124 zu null für Sportplätze in Würenlos

Einigkeit Jahrelang gab es Streit um die Sportplätze bei der Schulanlage Ländli in Würenlos. Am Schluss waren die Einschränkungen durch das Bundesgericht so gross, dass die Gemeinde ein neues Gelände für die Sportplätze suchen musste. Die nötige Anpassung des Richtplans umschrieb Kommissions-Präsidentin Renate Gautschy (FDP, Gontenschwil). Angrenzend an die Gewerbezone Tägerhard sollen an der Grenze zu Wettingen zwei Fussballplätze und ein Reitplatz entstehen. Die Fläche liegt im Landwirtschaftsgebiet, die Sportplätze können aber nur in einer Bauzone realisiert werden. Die Gemeinde will deshalb eine Spezialzone Sportanlagen Tägerhard schaffen und legte dem Parlament eine Anpassung des Richtplans vor.

Unterstützung aus allen Lagern

Das Projekt stiess im Plenum auf offene Ohren, nachdem schon die Kommission die gute regionale Abstimmung sehr gelobt hatte. Die Sprecher sämtlicher Fraktionen stimmten vorbehaltlos für die Anpassung. Zusätzliche Anträge wurden nicht gestellt, auch die Auszonung im Gebiet Wiemel als Kompensation war im Parlament kein Thema mehr. Die Kommission hatte laut Renate Gautschy noch darüber diskutiert, ebenso über eine bessere Anbindung des öffentlichen Verkehrs.

Baudirektor Stephan Attiger sah sich in der (selten) schönen Situation, dass alle einverstanden waren. Diese gute Stimmung wolle er nicht trüben, meinte er und liess der grünen Welle freien Lauf: Der Rat stimmte mit 124 zu null zu. (LÜ.)

Keine Kürzung der Gelder für den Tourismus

Kleinkredit Die Verdienste von Aargau Tourismus als Dachmarke sind unbestritten. Gemäss Kommissionspräsident Dieter Egli (SP, Windisch) ist das Geld gut angelegt, die Mittel werden auch nicht erhöht. Mit den 1,5 Millionen Franken werde der Verein etwa im bisherigen Rahmen unterstützt. Im Namen der SVP markierte Benjamin Giezendanner (Rothrist) Widerstand und beantragte eine Senkung auf 1,08 Millionen Franken. Für die volle Summe plädierte aus den eigenen Reihen Weinbau-Präsident Peter Wehrli (SVP, Küttigen). «Dank Aargau Tourismus hat sich das Image des Kantons stark verbessert», begründete er seine Haltung.

Hofmann für Tourismus-Werbung

Die SVP wollte nicht weniger Geld für Aargau Tourismus, aber der Verein müsse gezwungen werden, mehr Drittmittel zu generieren. Gegen die Kürzung wehrte sich auch Volkswirtschaftsdirektor Urs Hofmann. «Die Regierung selber hat schon den Rotstift angesetzt und den Betrag um 200 000 Franken reduziert», sagte Hofmann. Der Verein habe ursprünglich sogar 750 000 Franken pro Jahr beantragt. Die Werbung für den Aargau sei gute Imageförderung und steigere das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Aargauern. Zudem wolle der Aargau künftig bei Schweiz Tourismus als eigene Region auftreten, nicht als Anhängsel von Bern.

Eine halbe Million pro Jahr

Der Kürzungsantrag der SVP wurde mit 80 zu 48 Stimmen deutlich abgelehnt. Damit erhält der Verein Aargau Tourismus in den nächsten drei Jahren je eine halbe Million Franken Unterstützung. Nach dem Nein zur Kürzung passierte der Kleinkredit von 1,5 Millionen Franken für die Jahre 2014 bis 2016 am Schluss mit 101 Ja zu 30 Nein. (LÜ.)

Fritz Beck, Präsident der SVP Merenschwand-Benzenschwil, überreicht Grossratspräsidentin Vreni Friker die Petition gegen den Durchgangsplatz für Fahrende im Freiamt. EMANUEL PER FREUDIGER

Petition gegen Platz für Fahrende

Aarau/Merenschwand «Fahrende sollen (weiter) fahren», steht auf dem Transparent, das gestern Dienstagmorgen am Grossratsgebäude angebracht wurde. Mit diesem Slogan unterstrichen Franz Beck, Präsident der SVP Merenschwand-Benzenschwil, und seine Mitstreiter ihre Opposition gegen den geplanten Durchgangsplatz für Fahrende im Freiamt. Beck überreichte Grossratspräsidentin und Parteikollegin Vreni Friker eine Petition mit 1365 Unterschriften gegen den Platz, der beim Kreisel Benzenschwil erstellt werden soll.

Vorlage im Grossen Rat verschoben

Ob die Schweizer Fahrenden im Freiamt einen weiteren Platz erhalten, um ihre Wohnwagen für maximal vier Wochen abzustellen, ist weiterhin offen. Ursprünglich sollte der Grosse Rat gestern Dienstagnachmittag über die Vorlage entscheiden. Weil sich die Beratung zu den Einzonungen in Sins (siehe Artikel rechts) in die Länge zog, wurde das Geschäft auf eine nächste Sitzung verschoben.

Dasselbe gilt für den geplanten Durchgangsplatz in Würenlos, der im Gegensatz zum Platz in Merenschwand unbestritten ist.

Wie im Schachen Aarau ist in Merenschwand ein 2500 bis 3000 Quadratmeter grosser Durchgangsplatz für eine maximale Belegung mit 15 Wohneinheiten vorgesehen. Aufgestellt werden soll eine Leichtbau-Sanitärbaute mit zwei Toiletten und einer Dusche. Der Kanton will eine Defizitgarantie leisten, damit die Gemeinde keine Kosten hat. (FH)

Talk Täglich zum Platz für Fahrende auf www.aargauerzeitung.ch: Christian Dorer, Chefredaktor der Aargauer Zeitung, moderierte die Diskussion mit SP-Grossrätin Rosmarie Groux, CVP-Grossrat Ralf Bucher und Daniel Huber, Präsident Radgenossenschaft der Fahrenden.

Einzonungs-Krimi für die Gemeinde Sins

Siedlungen Zwölf Flächen von total neun Hektaren wollte Sins einzonen. In elf Fällen stimmte der Rat zu, die Schürmatt ganz im Süden lehnte er ab.

VON HANS LÜTHI

Das neue Raumplanungsgesetz steht vor der Tür, der Konflikt um neue Einzonungen verschärft sich damit zwangsläufig. Ratspräsidentin Vreni Friker erinnerte an eine Petition aus der Bevölkerung, die vor Wochenfrist mit 386 Unterschriften eingereicht worden ist. Bei der Beratung spielte sich das übliche Szenario ab, die Bürgerlichen aus SVP, FDP und CVP plädierten für die Einzonungen, teils mit Anpassungen. Grüne, SP und Bauern stellten zahllose Anträge, was die Sache bei zwölf einzelnen Einzonungen immer schwieriger machte. Am Schluss stimmte die Mehrheit für das Gesamtpaket, mit Ausnahme der Schürmatt: Diese 1,4 Hektaren neue Gewerbezone ganz im Süden wurde in zwei Abstimmungen gestrichen, erst mit 56 zu 70, dann mit 57 zu 72 Stimmen.

Damit aber verbleiben noch elf Einzonungen mit rund 8,5 Hektaren, der Verlust an Fruchtfolgeflächen sinkt um 1,2 auf knapp 7 Hektaren.

Wachstum für Regionalzentrum

Für die Befürworter ist der Fall klar: Sins ist eine ländliche Zentrumsgemeinde und hat ihre Hausaufgaben laut Milly Stöckli (SVP, Muri) mustergültig gemacht. «Die Einzonungen sind grosszügig, aber der Bedarf ist ausgewiesen», sagte Stöckli, die nur zur Wohnzone W2 ein Fragezeichen setzte. «Die Raumplanung ist richtig und massvoll für die Zentrumsgemeinde im oberen Freiamt», betonte für die CVP Sprecher Hans-Ruedi Hottiger (Zofingen). Sein Antrag vom Wechsel der Zone von W2 auf W3 endete im Patt von 66 zu 66 Stimmen, doch mit Stichentscheid lehnte Präsidentin Friker ab. FDP und EVP sagten grossmehrheitlich Ja, laut Martina Sigg (FDP, Schinznach-Dorf) braucht Sins die Möglichkeit zur Entwicklung, Esther Gebhard (EVP, Möriken-Wildegg) lobte die mustergültige Verdichtung im Zentrum.

Verlust von gutem Kulturland

Die Argumente der Einzonungs-Gegner und von Bauern drehten sich ums Kulturland. Aber auch die SP mit Sprecher Jürg Caflisch (Baden) und die Grünen mit Hansjörg Wittwer (Aarau) anerkannten ein moderates Wachstum – und den enormen Druck aus dem Raum Zug. Ihre Anträge, so die Streichung der Landweid, wurden mehrheitlich abgewiesen, mit Ausnahme der Schürmatt.

> **«Es besteht kein Widerspruch zum neuen Raumplanungsgesetz.»**
> **Stephan Attiger,** Baudirektor

Die freisinnige Andrea Moll (Sins) sprach dem Rat ins Gewissen, die Wohnzonen seien zu 93 Prozent überbaut, «verdichtetes Bauen steht zuoberst auf unserer Fahne». Mit der Langweid Nord schliesse man eine Lücke zwischen den Wohnzonen. Baudirektor Stephan Attiger bat darum, die Gemeindeautonomie hochzuhalten. Sins plane schon lange für einen Zeitraum von 15 bis 20 Jahren. «Ein Entwicklungskonzept liegt vor, es besteht kein Widerspruch zum neuen Raumplanungsgesetz», versicherte Attiger. Und in der W2 könne man mit der Sondernutzung ein Stockwerk höher bauen. Nach einer Nullrunde ergab die Schlussabstimmung 100 Ja zu 32 Nein.